

HANSER

Tony R. Judt

# Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart

Übersetzt aus dem Englischen von Matthias Fienbork, Hainer Kober

ISBN-10: 3-446-20777-5

ISBN-13: 978-3-446-20777-6

Weitere Informationen oder Bestellungen unter  
<http://www.hanser.de/978-3-446-20777-6>  
sowie im Buchhandel

Die ungarische »Revolution« von 1989 weist zwei charakteristische Merkmale auf. Erstens war Ungarn, wie geschildert, das einzige Land, in dem der Übergang von einem kommunistischen Regime zu einem echten Mehrparteiensystem von innen heraus bewirkt wurde. Zweitens sollte die ungarische Wende – während die Bedeutung der Ereignisse von 1989 in Polen wie später in der Tschechoslowakei und anderswo weitgehend auf die betroffenen Länder selbst beschränkt blieb – eine entscheidende Rolle für die Auflösung eines weiteren kommunistischen Regimes spielen, und zwar dessen der DDR.

Außenstehenden Beobachtern erschien die Deutsche Demokratische Republik von allen kommunistischen Regimen am stabilsten, und das nicht nur, weil allgemein angenommen wurde, daß kein Sowjetführer jemals seinen Sturz zulassen würde. Der Zustand der DDR, vor allem seiner Städte, mochte billig und baufällig erscheinen; die allgegenwärtige Schnüffelei des Staatssicherheitsdienstes, der Stasi, war berüchtigt und die Berliner Mauer blieb ein moralischer und ästhetischer Skandal. Trotzdem war man allgemein der Meinung, die ostdeutsche Wirtschaft sei besser in Schuß als die ihrer sozialistischen Nachbarn. Als der Erste Sekretär, Erich Honecker, im Oktober 1989 bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR prahlte, das Land gehöre zu den zehn leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, soll sein Gast Michail Gorbatschow spöttisch gehüstelt haben; auf eines jedoch verstand sich das Regime – auf die Herstellung und den Export frisierter Daten. Viele westliche Beobachter glaubten Honecker aufs Wort. Die größten Bewunderer der DDR fanden sich in der Bundesrepublik. Der scheinbare Erfolg der Ostpolitik beim Abbau der Spannungen, den menschlichen Erleichterungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten hatte praktisch die ganze politische Klasse dazu veranlaßt, ihre Hoffnung auf eine unbegrenzte Verlängerung dieser Politik zu setzen. Die offiziellen Repräsentanten der Bundesrepublik schürten nicht nur die Illusionen in der Nomenklatura der DDR, sondern wiegten sich auch selbst in trügerischen Hoffnungen. Durch die ständige Wiederholung der These, die Ostpolitik baue die Spannungen mit dem Osten ab, überzeugten sie sich schließlich selbst von ihr. Viele Westdeutsche waren so auf »Frieden«, »Stabilität« und »Ordnung« fixiert, daß sie am Ende den Standpunkt der osteuropäischen Politiker teilten, mit denen sie zu tun hatten. Der

prominente Sozialdemokrat Egon Bahr erklärte im Januar 1982 (unmittelbar nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen), die Deutschen hätten im Interesse des Friedens auf die Forderung nach nationaler Einheit verzichtet, und die Polen müßten nun im Namen derselben »höchsten Priorität« ihre Forderung nach Freiheit fallenlassen. Fünf Jahre später erklärte der einflußreiche Schriftsteller Peter Bender auf einem Symposium der SPD über »Mitteleuropa« stolz, daß man in dem Wunsch nach Entspannung mehr mit Belgrad und Stockholm, aber auch mit Warschau und Berlin gemein habe als mit Paris und London. In späteren Jahren zeigte mehr als ein führender SPD-Politiker die Neigung, gegenüber hochrangigen DDR-Besuchern im Westen vertrauliche und entschieden kompromittierende Verlautbarungen abzugeben. 1987 pries Björn Engholm die Innenpolitik der DDR als »historisch«, während sein Kollege Oskar Lafontaine im folgenden Jahr versprach, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die westdeutsche Unterstützung ostdeutscher Dissidenten zum Verstummen zu bringen. Die Sozialdemokraten müßten, wie er seinen Gesprächspartnern versicherte, alles vermeiden, was diese Kräfte stärken könne. In einem sowjetischen Bericht an das DDR-Politbüro hieß es im Oktober 1984: »Viele Argumente, die den Vertretern der SPD zuvor von uns entgegengehalten wurden, haben diese jetzt übernommen.« Bei den westdeutschen Sozialdemokraten sind solche Illusionen ja vielleicht noch verständlich. Aber sie wurden mit dem gleichen Eifer auch von vielen Christdemokraten vertreten. Helmut Kohl, seit 1982 Bundeskanzler, war auf gute Beziehungen zur DDR sicherlich genauso erpicht wie seine Opponenten. Auf der Beisetzung von Juri Andropow im Februar 1984 traf und sprach er in Moskau mit Erich Honecker – und wiederholte diese Unterhaltung beim Begräbnis von Tschernenko im folgenden Jahr. Die beiden Seiten vereinbarten Kulturaustausch und die Beseitigung von Minen an der innerdeutschen Grenze. Im September 1987 besuchte Honecker als erstes Staatsoberhaupt der DDR die Bundesrepublik. Währenddessen wurden die deutschen Finanzhilfen für die DDR eifrig aufgestockt (jedoch kein Pfennig an Unterstützung für die wachsende innere Opposition im Osten Deutschlands gezahlt). Mit westdeutscher Zuwendung gesegnet, auf Moskauer Unterstützung bauend und mit der Möglichkeit, seine unbequemen Dissidenten nach Belieben in den

Westen zu exportieren, hätte das ostdeutsche Regime vielleicht endlos überleben können. Ganz gewiß schien es gegen Veränderung immun zu sein. Als im Juni DDR-Bürger in Ostberlin gegen die Mauer demonstrierten und Sprechchöre zum Lob von Gorbatschow intonierten, wurden sie ohne viel Federlesen auseinandergetrieben. Im Januar 1988 zögerte die DDR-Regierung nicht, mehr als hundert Demonstranten zu inhaftieren und auszuweisen, die des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Jahr 1919 gedachten, indem sie Schilder schwenkten, auf denen Luxemburg selbst zitiert wurde: »Freiheit ist auch die Freiheit des Andersdenkenden.« Im September 1988 rühmte Honecker bei einem Moskaubesuch öffentlich Gorbatschows Perestroika – vermied es aber nach seiner Heimkehr sorgfältig, sie in der DDR einzuführen. Trotz der beispiellosen Entwicklungen in Moskau, Warschau und Budapest, fälschten die ostdeutschen Kommunisten ihre Wahlergebnisse auch weiterhin, wie sie es seit den fünfziger Jahren gewöhnt waren. Im Mai 1989 war das offizielle Ergebnis der DDR-Kommunalwahlen – 98,85 Prozent für die Kandidaten der Regierung – ein so offenkundiger Betrug, daß sie landesweit den Protest von Geistlichen, Umweltgruppen und sogar Kritikern in der herrschenden Partei auslösten. Das Politbüro überhörte sie geflissentlich. Doch jetzt hatten die DDR-Bürger zum erstenmal eine Alternative. Sie mußten nicht mehr den Status quo hinnehmen, eine Verhaftung riskieren oder einen gefährlichen Fluchtversuch in den Westen unternehmen. Am 2. Mai 1989, als in Ungarn die Einschränkungen der Freizügigkeit und freien Meinungsäußerung gelockert wurden, hatten die Machthaber in Budapest auch die Elektrozäune an der Westgrenze des Landes entfernt, obwohl die Grenze des Landes offiziell geschlossen blieb. Scharenweise reisten die Ostdeutschen nach Ungarn. Am 1. Juli 1989 fuhren 25000 DDR-Bürger zum »Urlaub« in das Bruderland. Viele tausend folgten, von denen eine große Anzahl vorübergehend Zuflucht in den deutschen Botschaften von Prag und Budapest suchten. Einige wenige entkamen über die immer noch geschlossene österreichisch-ungarische Grenze, ohne von den Grenzern aufgehalten zu werden, doch die meisten blieben in Ungarn. Anfang September hielten sich 60000 DDR-Bürger in Ungarn auf und warteten. Als der ungarische Außenminister Gyula Horn am 10. September in den ungarischen Fernsehnachrichten gefragt wurde, wie

er reagieren würde, wenn einige dieser Menschen sich in Richtung Westen in Bewegung setzen würden, antwortete er: »Wir werden sie anstandslos durchlassen, und ich nehme an, die Österreicher werden sie reinlassen.« Damit stand die Tür zum Westen offiziell offen: Binnen 72 Stunden waren rund 22000 DDR-Bürger hindurchgeeilt. Die DDR-Regierung protestierte empört – die ungarische Maßnahme bedeutete eine Verletzung des langjährigen Abkommens zwischen kommunistischen Regierungen, ihre Länder nicht als Fluchtrouten aus Bruderstaaten benutzen zu lassen. Doch die Regierung in Budapest verwies lediglich darauf, daß sie durch ihre Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki gebunden sei. Die Menschen nahmen sie beim Wort. Im Laufe der nächsten drei Wochen erlitt die DDR eine wahre Image-Katastrophe, als Zehntausende DDR-Bürger die neue Route nutzten, um ihrem Staat den Rücken zu kehren. In dem Versuch, die Ereignisse wieder unter Kontrolle zu bringen, boten die DDR-Machthaber den ostdeutschen Flüchtlingen in den Botschaften von Prag und Warschau die ungehinderte Fahrt in einem versiegelten Zug durch ihr Staatsgebiet auf dem Weg in die Bundesrepublik an. Das führte jedoch nur zu einer neuen, noch schlimmeren Demütigung des Regimes. Als der Zug durch die DDR fuhr, wurde er von Zehntausenden jubelnden und neidischen Landsleuten begrüßt. Etwa fünftausend Menschen versuchten bei einem kurzen Halt in Dresden, den Zug zu stürmen. Als die Polizei die Menge mit Schlagstöcken zurücktrieb, erhob sich ein wütender Aufruhr – und das Ganze vor den Augen der internationalen Medien. Die Schwierigkeiten des Regimes ermutigten seine Kritiker. Einen Tag, nachdem Ungarn seine Grenzen geöffnet hatte, gründete eine Gruppe ostdeutscher Dissidenten in Ostberlin das Neue Forum. Wenige Tage später folgte eine weitere Bürgerbewegung: Demokratie Jetzt. Beide Gruppen setzten sich für eine demokratische »Umgestaltung« der DDR ein. Am Montag, dem 2. Oktober 1989, demonstrierten 10000 Menschen, enttäuscht über die Weigerung des Honecker-Regimes, sich zu reformieren – die größte öffentliche Versammlung in Ostdeutschland seit der unglückseligen Volkserhebung am 17. Juni 1953 in Berlin. Der 77-jährige Honecker blieb unbeirrt. DDR-Bürger, die auszuwandern suchten, so erklärte er, würden durch Verlockungen, Versprechungen und Drohungen erpreßt, den Grundsätzen und fundamentalen Werten des Sozialismus

abzuschwören. Mit wachsender Furcht registrierten seine jüngeren Kollegen – die das Ausmaß der Probleme nicht länger leugnen konnten –, wie hilflos die Führung wirkte: auf ihren Stühlen erstarrt. Am 7. Oktober, anlässlich des 40. Jahrestags der DDR-Gründung, kam Michail Gorbatschow und ermahnte seine versteinert lauschenden Gastgeber mit den denkwürdigen Worten: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Vergebens: Honecker bekundete seine Zufriedenheit mit den Dingen, so wie sie waren. Durch den Besuch des sowjetischen Führers ermutigt – von den Entwicklungen im Ausland gar nicht zu reden –, begannen Demonstranten in Leipzig und anderen Städten regelmäßige Kundgebungen und »Nachtwachen« (Vigilien) für die Wende abzuhalten. Die Teilnehmerzahl der Montagsdemonstrationen in Leipzig, die jetzt zu einer regelmäßigen Einrichtung wurden, war in der Woche nach Gorbatschows Rede auf 90000 angewachsen, wobei die versammelte Menge den Satz »Wir sind das Volk« intonierte und »Gorbi« um Hilfe anrief. In der folgenden Woche stieg die Zahl abermals an; in wachsender Aufregung verlangte Honecker jetzt, jede weitere Äußerung von Opposition mit Gewalt niederzuschlagen. Die Aussicht auf eine direkte Konfrontation scheint bei Honeckers parteiinternen Kritikern den Ausschlag gegeben zu haben. Am 18. November inszenierten einige seiner Kollegen unter Führung von Egon Krenz einen Staatsstreich und setzten den alten Mann nach 18jähriger Herrschaft ab. Krenz' erste Amtshandlung bestand darin, nach Moskau zu fliegen, Gorbatschow seiner (und sich selbst dessen) Unterstützung zu versichern und nach Berlin zurückzukehren, um eine vorsichtige ostdeutsche Perestroika in die Wege zu leiten. Doch es war zu spät. Auf der jüngsten Leipziger Montagsdemonstration waren rund 300000 Menschen zusammengekommen, um die Wende zu fordern; am 4. November versammelten sich eine halbe Million Ostdeutsche in Berlin und verlangten sofortige Reformen. Am selben Tag öffnete die Tschechoslowakei ihre Grenzen. Während der nächsten 48 Stunden nutzen 30000 Menschen diesen Weg in den Westen. Jetzt waren die Machthaber wirklich in Panik. Am 5. November schlug die DDR-Regierung ein leicht liberalisiertes Reisegesetz vor, nur um sich von ihren Kritikern anzuhören, daß es hoffnungslos unzulänglich sei. Daraufhin folgte ein spektakulärer Rücktritt erst des DDR-Kabinetts und dann des Politbüros. Am

Abend danach – dem 9. November 1989, dem Jahrestag der Abdankung des Kaisers und der Reichspogromnacht (»Kristallnacht«) – schlugen Krenz und seine Kollegen ein weiteres Reisegesetz vor, um einen wilden Ansturm zu verhindern. Auf einer Pressekonferenz, die live im DDR-Fernsehen und Radio übertragen wurde, erklärte Günter Schabowski, nach den neuen Bestimmungen seien mit sofortiger Wirkung Auslandsreisen ohne vorherigen Antrag gestattet und der Durchgang an den Grenzübergängen nach Westdeutschland erlaubt. Kurzum, die Mauer war offen. Noch vor Ende der Übertragung befanden sich die Menschen auf den Straßen Ostberlins und eilten in Richtung Grenze. Binnen Stunden waren 50000 Menschen nach Westberlin geströmt: einige für immer, andere nur, um zu schauen. Am Morgen danach hatte sich die Welt verändert. Wie jeder sehen konnte, war die Mauer durchbrochen, und es gab keinen Weg zurück. Vier Wochen später wurde das Brandenburger Tor, das direkt auf der Ostwestgrenze stand, wiedereröffnet; während der Weihnachtsferien 1989 besuchten 2,4 Millionen Ostdeutsche (jeder sechste DDR-Bürger) den Westen. Das hatte entschieden nicht in der Absicht der DDR-Regierung gelegen. Wie Schabowski selbst später erklärte, hätten die Machthaber »keinen Hinweis« darauf gehabt, daß die Maueröffnung den Sturz der DDR bewirken würde – ganz im Gegenteil, sie hatten sich davon den Beginn der »Stabilisierung« erwartet. Als sich die DDR-Spitze zögernd dazu entschloß, die Grenze zu öffnen, hatte sie gehofft, nur ein Sicherheitsventil zu öffnen, vielleicht ein bißchen Popularität und vor allem genügend Zeit zu gewinnen, um ein »Reformprogramm« vorzuschlagen. Schließlich hatte sie die Mauer aus dem gleichen Grund geöffnet, aus dem sie eine Generation zuvor errichtet und geschlossen worden war: um eine demographische Blutung zu stillen. 1961 hatte die verzweifelnde Maßnahme Erfolg gehabt; auch 1989 klappte sie so einigermaßen – überraschend wenige Ostdeutsche blieben dauerhaft in Westberlin oder wanderten nach Westdeutschland ab, sobald sie sich sicher waren, daß sie bei ihrer Rückkehr nicht wieder verhaftet wurden. Doch der Preis für diese Gewißheit war, daß mehr als nur das Regime wegbrach. Nach dem Mauerfall durchlief die SED die – mittlerweile vertrauten – letzten Rituale einer sterbenden kommunistischen Partei. Am 1. Dezember beschloß die Volkskammer ohne Gegenstimmen (bei fünf

Enthaltungen), aus der DDR-Verfassung die Klausel zu streichen, nach der der Staat »unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« stehe. Vier Tage später trat das Politbüro abermals zurück; mit Gregor Gysi wurde ein neuer Führer gewählt und der Name der Partei den neuen Verhältnissen angepaßt: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Die Mitglieder der alten kommunistischen Führungsriege (einschließlich Honecker und Krenz) wurden aus der Partei ausgestoßen, Gespräche am Runden Tisch mit den Vertretern des Neuen Forums (nach allgemeinem Dafürhalten der wichtigsten Oppositionsgruppe) aufgenommen und frei Wahlen angesetzt. Doch noch bevor die neueste (und letzte) DDR-Regierung unter dem Dresdener Parteichef Hans Modrow ein »Aktionsprogramm« aufsetzte, wurden alle ihre Handlungen und Absichten nahezu bedeutungslos. Die Ostdeutschen hatten schließlich eine Option, die anderen Völkern nicht zur Verfügung stand – es gab keine »Westtschechoslowakei« und kein »Westpolen« –, und die wollten sie sich keinesfalls nehmen lassen. Die Ziele verlagerten sich: Im Oktober 1989 hatten die Leipziger Demonstranten noch »Wir sind das Volk« gerufen, im Januar 1990 intonierte dieselbe Menge einen leicht veränderten Text: »Wir sind ein Volk«. Da der Tod des deutschen Kommunismus, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, auch den Tod eines deutschen Staates beinhaltete – ging es im Januar 1990 nicht mehr nur darum, aus dem Sozialismus herauszukommen (noch viel weniger darum, ihn zu »reformieren«), sondern in die Bundesrepublik hineinzukommen, wobei in der Rückschau nicht ganz klar ist, wie die Hoffnungen der Massen zu deuten sind, die im Herbst 1989 die DDR zu Fall brachten. Klar ist indessen, daß weder die Partei (wie in Ungarn) noch die Opposition (wie in Polen) für sich in Anspruch nehmen kann, wesentlich für den Gang der Ereignisse verantwortlich zu sein. Wie gesehen, hat die Partei lange gebraucht, um ihre prekäre Lage zu erfassen; doch ihre intellektuellen Kritiker waren auch nicht viel schneller. Am 28. November veröffentlichten Stefan Heym, Christa Wolf und andere ostdeutsche Intellektuelle einen Appell »Für unser Land«, um den Sozialismus und die DDR zu retten und eine geschlossene Front gegen den »glitzernden Tinnel« des Westens zu bilden, wie Heym ihn nannte. Bärbel Bohley, die führende Repräsentantin des Neuen Forums, bezeichnete die Öffnung der Berliner Mauer sogar als



»unglücklich«, weil sie die »Reform« vereitelt und überstürzte Wahlen heraufbeschwöre, bevor die Parteien oder die Wähler »bereit« seien. Wie viele intellektuelle »Dissidenten« in Ostdeutschland (von ihren westdeutschen Bewunderern ganz zu schweigen) hofften Bohley und ihre Kollegen noch immer auf einen reformierten Sozialismus, befreit von Stasi und Parteiherrschaft, aber in sicherem Abstand von dem räuberischen Kapitalismus des Doppelgängers im Westen. Wie die Ereignisse zeigen sollten, war das mindestens so unrealistisch wie Erich Honeckers Traum von der Rückkehr zu neostalinistischem Gehorsam. Damit verurteilte sich das Neue Forum selbst zur politischen Bedeutungslosigkeit, und seine Führer konnten nur noch mißmutig über den unbedachten Leichtsinns der Massen rasonieren.